

# WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Erst einmal muss ich ein paar ganz herzliche Glückwünsche loswerden: Die Ortsgemeinde Daaden in meinem Wahlkreis wird die nun 130. Stadt in Rheinland-Pfalz. In der vergangenen Woche hat der Ministerrat darüber beschieden. Aus dem „Dorf“ Daaden wurde in den vergangenen Jahrzehnten ein Ort mit vielen Arbeitsplätzen, Einkaufsmöglichkeiten, einem breiten Angebot an Schulen und einer überdurchschnittlich niedrigen Verschuldung pro Einwohner – kurzum: zu einer kleinen Stadt – entwickelt. Auch am Städtebauförderungsprogramm des Landes nimmt seit einiger Zeit Daaden teil. Die rheinland-pfälzische Landesregierung würdigt diese Entwicklung nun, indem sie der bisherigen Ortsgemeinde die Stadtrechte verleiht. Dazu gratuliere ich ganz herzlich allen „Doorern“ und ganz besonders meinem Genossen, dem noch Orts- und bald Stadtbürgermeister Walter Strunk, der für Daaden in seiner bisher dreijährigen Amtszeit vieles bewegen konnte.



Das ist aber nicht die einzige gute Nachricht, die ich euch diese Woche mit auf den Weg geben möchte: Die SPD befindet sich auch im Land im Aufwind und kann sowohl vom Bundestrend, als auch von der guten Arbeit der „Ampelkoalition“ profitieren. Das zeigt eine Umfrage des SWR. Weiterhin möchte ich euch die Pläne der SPD zur Reform der Arbeitsversicherung vorstellen, die in der vergangenen Woche schon durch die Presse gingen. Was ganz konkret dahintersteckt, könnt ihr hier nachlesen. Zudem freue ich mich über die Zusage von Wirtschaftsminister Volker Wissing, der bei einem Besuch im Wahlkreis seine Unterstützung für ein herausragendes Unternehmen in der Region zugesagt hat. Diese Themen und noch viel mehr erwarten euch.

Ganz viel Spaß bei der Lektüre – und eine gute Woche!

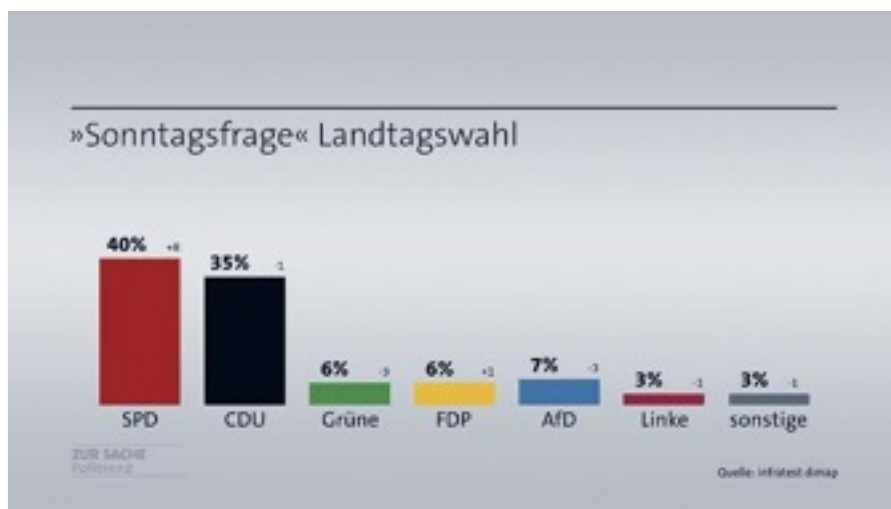
Eure Sabine



# SPD IM LAND KLETTERT AUF 40 PROZENT

SWR-„Politrend“: Erfolgreiche Regierungsarbeit zahlt sich aus

Kommt für die SPD Rheinland-Pfalz nach dem „Malu-Effekt“ bei der Landtagswahl am 13. März 2016 im März diesen Jahres nun der „Schulz-Effekt“? In einer Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Infratest dimap, die jetzt vom SWR-Politikmagazin „Zur Sache Rheinland-Pfalz“ in Auftrag gegeben wurde,



Quelle: SWR

würde die SPD, wenn am kommenden Sonntag Landtagswahlen wären, auf 40 Prozent klettern. Das sind 3,8 Prozentpunkte mehr im Vergleich zum Ergebnis der Landtagswahl und ganze 8 Prozentpunkte im Vergleich zur letzten Umfrage im Dezember

2016. Die CDU käme auf 35, Grüne und FDP auf je 6, die AfD auf 7 Prozent. Die Linke wäre mit 3 Prozent weiterhin nicht im Landtag vertreten. Auch bei einer Direktwahl der Ministerpräsidentin läge Malu Dreyer mit 52 Prozent weiterhin deutlich vor ihrer, Julia Klöckner (34 Prozent).

Daniel Stich, Generalsekretär der SPD Rheinland-Pfalz, spricht von einer „schönen Momentaufnahme“ und von „Anerkennung für die hart Arbeit der SPD-geführten Landesregierung, Fraktion und Partei.“ Mit Blick auf die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl 2017 im Land betont er, es sei „Zeit für mehr Gerechtigkeit und für einen sozialdemokratischen Bundeskanzler.“ Hier liegt die CDU mit 40 Prozent (-3,3) bei den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern zwar weiterhin vor. Die SPD würde aber auch bei der Bundestagswahl im Land deutlich zulegen und sich um 9,5 Prozentpunkte auf nun 37 Prozent verbessern. Bei einer Direktwahl des Bundeskanzlers käme SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz „aus dem Stand“ auf 39 Prozent bei den Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzern. Das Interesse am Herausforderer von CDU-Kanzlerin Merkel ist, wie sein Auftritt in Worms kürzlich zeigte, zu dem 2.000 Menschen kamen, nach wie vor riesig.



# DURCH WEITERBILDUNG WIEDER IN ARBEIT

*SPD: „Arbeitslosengeld Q“ soll Erwerbslose besser fördern*

Das Prinzip der Arbeitsmarktreform von Bundeskanzler Gerhard Schröder – „Fördern und fordern“ – wurde oftmals nur darauf verengt, Menschen, dass Erwerbslose auch selbst einen Beitrag dazu leisten müssen, wieder in Arbeit zu kommen. Das war 2003. Millionen von Menschen, vor allem auch Jugendliche und junge Erwachsene, waren arbeitslos. Der Sozialstaat war überlastet. Gerhard Schröder schaffte es mit seiner bis heute hoch umstrittenen Agenda 2010, Millionen Menschen wieder Zugang zu Arbeit zu verschaffen. Aber auch Zumutungen waren damit verbunden. Heute, im Jahr 2017, haben wir eine deutlich bessere Situation auf dem Arbeitsmarkt. Dennoch gibt es bundesweit ca. eine Million Menschen, die vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen sind. Auf der anderen Seite haben wir in Deutschland seit Jahren einen Facharbeitermangel. Qualifizierung heißt deshalb das Stichwort, mit dem die SPD nun eine Reform der Bundesagentur für Arbeit anstrebt, die den Anforderungen von heute gerecht wird.

„Vor einigen Jahren hatten wir noch eine hohe Arbeitslosigkeit, heute haben wir Facharbeitermangel. Trotzdem suchen immer noch Menschen Arbeit. Darunter viele, die endlich einen sicheren Arbeitsplatz wollen, von dem sie in Würde leben können. Ein Fazit von mir: Wir brauchen bessere Qualifizierungsangebote“, erklärt SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz. Deshalb möchte die SPD die Bundesagentur für Arbeit in eine Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung umwandeln. Zudem soll ein Recht auf Weiterbildung eingeführt werden: Die Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung soll gesetzlich verpflichtet werden, Arbeitslosen, die innerhalb von 3 Monaten keine neue Beschäftigung finden, ein Angebot für eine Qualifizierungsmaßnahme zu machen, die die Vermittlungschancen nachhaltig erhöht – keine Kurzschulungen oder Kurzzeitpraktika. Im Anschluss an die Maßnahme soll die Arbeitsagentur ein Arbeitsplatzangebot machen können, das der erworbenen Weiterqualifizierung entspricht.

Für die Dauer der Teilnahme an der Qualifizierung soll ein neues Arbeitslosengeld Q eingeführt werden. Damit können Arbeitssuchende, die nicht direkt eine neue Stelle finden und sich gleichzeitig weiterqualifizieren, länger Arbeitslosengeld beziehen als bisher. Für Arbeitssuchende schafft dies mehr Sicherheit und gibt eine zusätzliche Motivation für eine berufliche Neuorientierung. Außerdem wird damit das wirtschaftlich und gesellschaftlich wichtige Ziel unterstützt, die Zahl der Fachkräfte und der Beschäftigten auf einem hohen Niveau zu halten.

Darüber hinaus möchte die SPD den Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit verbessern. Der Versicherungsschutz bei Arbeitslosigkeit ist ein Grundpfeiler unseres Sozialstaates. Auf ihn können und müssen sich Beschäftigte verlassen. Vor dem Hintergrund eines sich stetig wandelnden Arbeitsmarktes ist es wichtig, diesen Schutz mehr Menschen zugänglich zu machen, um z.B. oft kurzfristig beschäftigte Arbeitnehmer, in den Versicherungsschutz mit einzubeziehen.

Derzeit erhält ALG I, wer innerhalb von 2 Jahren (Rahmenfrist) vor der Arbeitslosigkeit mindestens 12 Monate sozialversicherungspflichtig gearbeitet hat (Mindestvorversicherungszeit). Indem die Rahmenfrist auf 3 Jahre erweitert und die Mindestvorversicherungszeit auf 10 Monate gesenkt wird, profitieren mehr Beschäftigte von dem Schutz der Arbeitslosenversicherung. Als zusätzliche Maßnahme soll das Schonvermögen von bisher 150 Euro auf 300 Euro pro Lebensjahr verdoppelt werden.

## 25 JAHRE ERFOLGREICHE KONVERSION

*Alte Militärgelände durch Land fit für die Zukunft gemacht*

Eine Bilanz über „25 Jahre Konversion in Rheinland-Pfalz“ zieht der Konversionsbericht, der kürzlich dem Ministerrat in Mainz vorgelegt wurde. „Mit der deutschen Wiedervereinigung und dem Abbau der massiven Truppenpräsenz wurden viele Militäreinrichtungen geschlossen und das Land vor große Herausforderungen gestellt, um die wirtschaftlichen Folgen in weiten Landesteilen aufzufangen und Arbeitsplätze zu sichern oder neue zu schaffen“, sagte Ministerpräsidentin Malu Dreyer.

„Als Bilanz können wir heute feststellen: Konversion ist eine rheinland-pfälzische Erfolgsgeschichte: Es ist uns gelungen, für die Beschäftigten, die vom Abzug der Stationierungstreitkräfte und der Bundeswehrstrukturreform betroffen waren, neue berufliche Perspektiven zu schaffen. Frühere militärische Wohnsiedlungen haben wir zu familienfreundlichem Wohnraum umgestaltet und neue Standorte für Hochschulen geschaffen. Unsere Städte haben neue Kraft und neuen Schwung gefunden“, so das Fazit der Ministerpräsidentin. Auch in Zukunft werde Konversion für die Landesregierung eine wichtige Aufgabe bleiben, etwa im Rahmen der Neuausrichtung der Bundeswehr.

Rheinland-Pfalz war im Jahr 1992 das erste Bundesland, das ein über Ressortgrenzen hinausreichendes Management zur Konversionsbewältigung installiert und mit der Einrichtung eines Konversionskabinetts zur Chefsache gemacht hat. Insgesamt hat Rheinland-Pfalz bislang fast zwei Milliarden Euro in die Konversionsförderung investiert.

„Durch den Wegfall von fast 130.000 militärischen und zivilen Stellen, entsprechenden Kaufkraftverlusten sowie mehr als 700 geräumten Militärflächen war Rheinland-Pfalz mehr als jedes andere Bundesland gefordert“, betonte Innenminister Roger Lewentz. Den Herausforderungen sei die Landesregierung mit einer gezielten Konversionspolitik begegnet. Damit habe das Land den Folgen zeitnah entgegengewirkt und neue in die Zukunft gerichtete Impulse für eine zivile Nachnutzung der betroffenen Areale gesetzt. „Mit den Konversionsprojekten des Landes konnten wir den Menschen, die vom Arbeitsplatzabbau betroffen waren, eine Perspektive für den Verbleib bei den Streitkräften oder den Übertritt in den zivilen Arbeitsmarkt bieten“, sagte Innenminister Lewentz. Vielfach sei es gelungen, auch städtebaulich sinnvolle Ansätze mit Impulsen für eine regionale Entwicklung zu verbinden, so Lewentz.

Wirtschaftsminister Dr. Volker Wissing verwies darauf, das Rheinland-Pfalz den Abzug des Militärs als Chance genutzt habe, seine Wirtschaftsstruktur in die Zukunft überzuleiten. Ehemalige Militärliegenschaften seien in moderne Gewerbegebiete umgewandelt worden. „In allen Landesteilen, insbesondere in den strukturschwächeren Regionen, ist es in den vergangenen beiden Jahrzehnten gelungen, eine nachhaltige Branchenstruktur aufzubauen. Das innovationsfreundliche Klima und die enge Verbindung zur Wissenschaft beflügeln unsere Traditionsunternehmen und sind für Gründer attraktiv“, so Minister Wissing.

Auch in Zukunft bleibe Konversion ein wichtiges Thema. Um die jüngst freigegebenen Militärstandorte zu entwickeln, seien weiterhin gute Ideen sowie privates und öffentliches Engagement notwendig. „Erfolg braucht gemeinsames Handeln. Wir setzen auch in Zukunft auf die Partnerschaft mit Kommunen, privaten Investoren, innovativen Unternehmen sowie den Bürgerinnen und Bürgern“, sagte Wissing.

Arbeitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler betonte: „Der Konversionsbericht zeigt, was das Land im Bereich der Beschäftigungskonversion im Berichtszeitraum und in den letzten 25 Jahren geleistet hat. Für tausende Zivilbeschäftigte wurden durch das Konversionsprogramm berufliche Perspektiven eröffnet und die Folgen des Strukturwandels erfolgreich aufgefangen. Wir können auf dieses einmalige Programm sehr stolz sein!“



# ANSPRUCH AUF EIN STERBEN IN WÜRDE

*Land unterzeichnet Charta für Schwerkranke und Sterbende*

Rheinland-Pfalz übernimmt die Handlungsempfehlungen zur Umsetzung der Nationalen Strategie der Charta zur Betreuung schwerstkranker und sterbender Menschen. Der Ministerrat hat den Empfehlungen des Runden Tisches der Charta, an dem neben 50 gesellschaftlich und gesundheitspolitisch relevanten Organisationen und Institutionen auch Rheinland-Pfalz teilnimmt, zugestimmt. „Mit der Zustimmung dokumentieren wir, dass wir uns für eine stetige Verbesserung der guten Versorgungsstrukturen im palliativen und hospizlichen Bereich einsetzen und den Menschen in ihrer letzten Lebensphase ein Sterben in Würde ermöglichen möchten“, erklärte Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler.

Ziel der Nationalen Strategie ist es, die in der Charta formulierten Leitsätze mit Unterstützung der Politik auf Bundes-, Länder- und Kommunalebene systematisch so umzusetzen, dass jeder Betroffene unabhängig von der zugrundeliegenden Erkrankung, der persönlichen Lebenssituation oder des Versorgungsortes eine qualitativ hochwertige palliative und hospizliche Behandlung und Begleitung erhält.



Die formulierten Handlungsempfehlungen basieren auf dem Anspruch auf bestmögliche Lebensqualität und dem damit verbundenen besonderen Bedarf an Versorgung und Begleitung schwerstkranker und sterbender Menschen und der ihnen Nahestehenden. Sie berücksichtigen zugleich die besonderen Herausforderungen, denen sich die Gesellschaft im Zusammenhang mit den Themen Sterben, Tod und Trauer stellen muss. Die Empfehlungen betreffen neben der Aus-, Fort und Weiterbildung in den Berufsfeldern, die an der Behandlung schwerstkranker und sterbender Menschen unmittelbar beteiligt sind, vor allem die Anforderungen an die Strukturen der Regelversorgung in verschiedenen Handlungsfeldern sowie in der Hospiz- und

Palliativversorgung für Menschen aus besonderen Personengruppen. Hierbei erklären sich die Partnerinnen und Partner unter anderem dazu bereit, die hospizliche und palliative Versorgung beispielsweise für Menschen mit Demenz weiter zu verbessern.

„Die Charta spricht sich dafür aus, dass jeder Mensch Anspruch auf ein Sterben unter würdigen Bedingungen hat. Er muss darauf vertrauen können, dass er mit seinen Vorstellungen, Wünschen und Werten respektiert wird und dass Entscheidungen in seinem Sinne und seinem Willen entsprechend getroffen werden“, so die Ministerin. Auch Rheinland-Pfalz messe den Themen Sterben, Tod und Trauer eine hohe Bedeutung bei. Um auf die Belange der Sterbenden eingehen zu können, steht im Land bereits eine vielfältige Struktur der palliativen und hospizlichen Versorgung zur Verfügung. „Für sterbende Menschen sorgen‘ ist das Leitmotiv der rheinland-pfälzischen Hospizbewegung. Diesem Anliegen hat sich auch die Landesregierung verpflichtet und deshalb als eines der ersten Bundesländer vor acht Jahren die Charta unterzeichnet. Ich freue mich, dass mit der Nationalen Strategie dieses Motiv nun bundesweit verankert werden soll“, betonte Bätzing-Lichtenthäler.

Die Handlungsempfehlungen zu den entsprechenden Leitsätzen stehen auf [der Internetseite der Charta](#) zum Download bereit.

## BEKENNTNIS ZUM STANDORT RHEINLAND-PFALZ

### *Bätzing-Lichtenthäler und Wirsing besuchten Fa. ALHO*

Auf Einladung der heimischen SPD-Landtagsabgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler besuchte jetzt der rheinland-pfälzische Wirtschafts- und Verkehrsminister Dr. Volker Wissing, MdL (FDP) das Friesenhagener Unternehmen ALHO. Dort wurden die Landespolitiker von Albert Holschbach (Gründer des Unternehmens), dessen Sohn Achim Holschbach sowie Reinhard Hombach begrüßt. Die Unternehmensvertreter verschafften den Gästen zunächst einen kurzen Überblick über das Unternehmen. Bei der ALHO-Gruppe, welche auf eine mittlerweile 50-jährige Firmengeschichte zurückblicken kann, sind derzeit rund 850 Mitarbeiter beschäftigt. Allein am Standort Friesenhagen sind es über 300 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Besonders Albert Holschbach liegt der Standort Friesenhagen sehr am Herzen. Wie bereits mehrfach in den örtlichen Medien berichtet, ist die Verkehrsanbindung für das Unternehmen von großer Bedeutung – hier konkret die L 278. Nicht nur ALHO und die damit verbundenen Unternehmen wie FAGSI und PRO CONTAIN sind in den vergangenen Jahren erheblich gewachsen, sondern auch die Module, die von ALHO produziert werden. Gerade der Abtransport dieser Modulelemente stellt die Friesenhagener Unternehmer immer wieder vor große Herausforderungen.

Vom Land wünschen sich Holschbach sowie Hombach grundlegende Unterstützung bei der infrastrukturellen Anbindung des Unternehmens. Der Ausbau der L 278 steht hierbei im Fokus der Überlegungen. „ALHO ist für die Gemeinde Friesenhagen und das Umland von besonderer Bedeutung“, kommentiert Bätzing-Lichtenthäler und fügte hinzu, dass gerade die hohe Anzahl an Arbeitsplätzen in Friesenhagen zeige, wie sehr der Standort wertgeschätzt werde. Auch Staatsminister Wissing freut sich über das Bekenntnis des Unternehmens zum Standort „Rheinland-Pfalz“ und sicherte zu, dass man seitens der Landespolitik die notwendige Unterstützung gewähren möchte.

## PLÄDOYER FÜR EUROPA UND SOZIALDEMOKRATIE

*Katarina Barley zu Gast beim Politischen Aschermittwoch*

„Europa weiterentwickeln und nicht in Frage stellen“, lautete der Aufruf Katarina Barleys beim Politischen Aschermittwoch der Sozialdemokraten im Kreis Altenkirchen. Die SPD-Generalsekretärin war auf Einladung des Kreisverbandes und der Landtagsabgeordneten Sabine Bätzing-Lichtenthäler in den Gasthof Koch nach Daaden gekommen. Im Jahr der Bundestagswahl ging es auch darum, für ein starkes Abschneiden der SPD am 24. September zu trommeln.

Eher untypisch für einen Politischen Aschermittwoch schlug die Generalsekretärin überwiegend leise und mahnende Töne an. Diese waren dafür umso eindringlicher. „Unsere Gesellschaft befindet sich an einem Scheideweg“, konstatierte sie mit Blick auf die aktuellen Entwicklungen in einigen europäischen Ländern. Barley, die neben der deutschen auch die britische Staatsbürgerschaft hat, zeigte sich erschüttert über den Brexit. Durch eine Mischung aus Populismus, einseitiger Stimmungsmache und Falschinformationen habe sich ein ehemals weltoffenes Land sehr zum Negativen verändert. Ob in Polen oder Ungarn, die Mechanismen seien stets dieselben. Als erstes würden Pressefreiheit, Justiz und Frauenrechte eingeschränkt, so die SPD-Politikerin. Mit dem Erstarken der Rechtspopulisten seien auch in Deutschland starke Tendenzen zum national-staatlichen Denken sowie zur Spaltung der Gesellschaft erkennbar. „Es kommt jetzt auf jede und jeden von uns an, deutlich zu machen, dass diese Leute nicht die große Mehrheit der Menschen in unserem Land repräsentieren“, appellierte Barley an die Anwesenden.



Wenn es um die Verteidigung der Grundwerte Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität gehe, sei die Sozialdemokratie die erste Wahl. Mit dieser Erkenntnis hatte die Gastrednerin zugleich den Bogen zur Bundestagswahl und SPD-Spitzenkandidat Martin Schulz geschlagen. Seit seiner Nominierung sei eine Aufbruchstimmung in der Partei spürbar. Das mache sich auch in der hohen Zahl an Neueintritten bemerkbar. „Die Menschen bekennen sich wieder neu zur Sozialdemokratie“, freute sich die SPD-Generalsekretärin.

Einen positiven „Martin-Schulz-Effekt“ gerade auch bei jungen Leuten hatte zuvor schon der hiesige Bundestagskandidat Martin Diedenhofen erkannt. In die Liste der Grußworte reihten sich zudem der SPD-Kreisvorsitzende Andreas Hundhausen und Ortsbürgermeister Walter Strunk als „Hausherr“ ein. MdL Sabine Bätzing-Lichtenthäler rief am Schluss dazu auf, die positive Grundstimmung zu nutzen, um weitere Neumitglieder für die Sache der Sozialdemokratie zu werben.



V.l.n.r: SPD-Kreisvorsitzender Andreas Hundhausen, Bundestagskandidat Martin Diedenhofen, Generalsekretärin Katarina Barley, MdB und Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL auf dem gut besuchten 2. Politischen Aschermittwoch im Daadener Gasthof Koch.

## SPD FORDERT KREIS-CDU ZU MEHR SACHLICHKEIT AUF

### *Attacke Rosenbauers (CDU) auf Bernd Brato läuft ins Leere*

Eigentlich war die Diskussion um das Logistikzentrum der Firma Montplast in Betzdorf-Bruche gerade einer Lösung zugeführt worden. Der Betzdorfer Stadtrat hatte erst vor wenigen Wochen ein Maßnahmenpaket verabschiedet, das für das Wolf-Gelände ein eingeschränktes Gewerbegebiet vorsieht. Dieses sollte Betrieben des produzierenden Gewerbes und Dienstleistungen vorbehalten sein. Reine Transport- und Speditionsbetriebe sowie eine Nutzung als Lagerplatz sollten davon ausgeschlossen werden. Ziel war es, die weitere gewerbliche Nutzung des Wolf-Geländes in Einklang mit dem Schutz der Anwohner zu bringen. Wie berichtet, hatte die Lärm- und Verkehrsbelästigung bei den Bürgern für Unmut gesorgt.

Auf ihrer Mitgliederversammlung goss die Kreis-CDU nun neues Öl ins Feuer, um den gerade befriedeten Konflikt wieder anzuzünden. Dort hatte der CDU-Kreisvorsitzende Dr. Josef Rosenbauer den Betzdorfer Stadtbürgermeister Bernd Brato angegriffen. Der hatte sich mit den betroffenen Anwohnern solidarisiert. „Damit ist nun für alle klar: Um wirtschaftliche Einzelinteressen eines Unternehmens durchzusetzen, scheut die CDU im Kreis nicht davor zurück, sich in die Angelegenheiten der Stadt Betzdorf einzumischen. Die SPD stand und steht an der Seite der Bürger“, so Andreas Hundhausen, SPD-Kreisvorsitzender. „Die Angriffe gegen Bernd Brato laufen ins Leere. Er und die SPD in Betzdorf werden in dieser Sache auch weiterhin an der Seite der Bürger stehen.“ Die Genossen stellen gerade mit Blick auf die jüngere Geschichte des Wolf-Geländes fest: Als die Firma Wolf-Garten ihr Brucher Werk aufgeben wollte, sei es gerade Brato gewesen, der sich für die Arbeitnehmer dort stark gemacht und durch eine aktive Wirtschaftspolitik für neue Arbeitsplätze gesorgt habe. Der florierende Gewerbepark an der Sieg sei nur ein Beispiel dafür.

Die SPD zeigt sich erfreut darüber, dass die CDU-Fraktion im Stadtrat Betzdorf in dieser Sache nicht den Verbalattacken Dr. Rosenbauers gefolgt sei. Stattdessen habe auch sie mit großer Mehrheit dem Maßnahmenpaket des Betzdorfer Stadtrates zugestimmt und so ebenfalls einen Anteil an der Lösung. „Wenn Herr Rosenbauer jetzt gegen diese Lösung schießt, trifft er die eigenen Leute, die ihre Sache gut gemacht haben“, so Christopher Prinz, stellvertretender SPD-Fraktionssprecher im Stadtrat Betzdorf und Geschäftsführer der Kreis-SPD. „Ich bin froh, dass im Betzdorfer Stadtrat alle Parteien konstruktiv zusammenarbeiten. Entweder möchte Herr Rosenbauer mit seinen Einlassungen dieses gute Klima stören. Oder bei der Union weiß inzwischen auch auf der kommunalen Ebene die linke Hand nicht, was die rechte macht. Beides wäre jedenfalls nicht im Sinne der Bürger.“